Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renkwitz. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. - Telegramm - Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech - Anschluß Nr. 20

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8ebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 205. | Freitag, den 2. September 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In Tübingen wurde ein Student verhaftet, der zur Zeit der Ermordung Erzbergers in der Gegend von Griesbach gewesen sein soll. Dem Verhafteten wurden zwei Schußwaffen abgenommen.

•

Der ungarische Widerstand hat sich längs der steirisch-westungarischen Grenze verstärkt.

•

Der angekündigte Besuch des Marschalls Foch und seines Generalstabschefs in Warschau wird Anfang September stattfinden.

•

Nach einer Meldung aus Riga ist der lettländischen Regierung von der Entente erklärt worden, daß die Aufnahme Lettlands in den Völkerbund gesichert sei.

•

Wie man aus Agram meldet, hat die Polizei eine Verschwörung entdeckt, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Minister des Innern zu ermorden.

Auf gefährlichen Wegen.

Es läßt sich nicht länger verheimlichen, daß sich unser Volk zurzeit auf Wegen befindet, die es in den Abgrund führen müssen, wenn keine besonnene Hand es zurückreißt. Als Deutschland an den Wiederaufbau seines im Kriege zerstörten Wirtschaftslebens herantrat, konnte es dieses Ziel nur dann ins Auge fassen, wenn es sicher war, bei dieser Arbeit nicht durch innere Wirren und Parteistreitigkeiten gestört und gehemmt zu werden. Denn es gilt ja nicht nur das eigene Land in allen seinen Wirtschaftszweigen neu aufzubauen, sondern daneben noch die von den Siegern auferlegten Kriegsentschädigungen zu leisten, die auf vier Jahrzehnte hinaus das deutsche Volk belasten werden. So gewaltige Summen können nicht von einem Teile des Volkes aufgebracht werden, sondern jede Klasse muß mit Hand anlegen und schaffen, um dem Vaterlande die für die Zahlungen nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Daß diese Mittel aber nur durch Steigerung der Produktion zu beschaffen sind, daß in erster Linie Deutschlands Ausfuhr auf das höchste Maß gesteigert werden muß, diese Erkenntnis sollte nachgerade Allgemeingut geworden sein. Wenn aber im Vaterlande gedeihliche Arbeit geleistet werden soll, muß Ruhe herrschen; nicht nur, damit die zum Werke nötige Zusammenarbeit aller Schichten und Kreise der Bevölkerung glatt von statten geht, sondern damit auch das Ausland Zutrauen in unsere Arbeitswilligkeit gewinnt und uns seine Rohstoffe ohne zu drückende Bestimmungen verkauft und mit Sicherheit auf die Erfüllung von uns übernommener Arbeiten und Leistungen rechnen kann.

Eine Zeitlang schien es, als ob diese Erkenntnis in den weitesten Kreisen Platz gegriffen habe. In den letzten Monaten machte sich jedoch leider eine steigende Erregung bemerkbar, die zu Arbeitsniederlegungen und wilden Streiks führte und auch politisch sich insofern auswirkte, als die Parteien, statt die schwebenden Fragen in Ruhe und Sachlichkeit zu verhandeln, oft mit vorgefaßter Meinung zur Beratung schritten, sodaß keine Verständigung möglich wurde. Mit Straßenrevolten und Gewalttaten können aber weder politische, noch wirtschaftliche Fragen gelöst werden; auf diesem Wege wird die Lage nur noch gespannter, die Zusammenarbeit geradezu unmöglich. Selbstbesinnung ist daher erstes Gebot der Stunde, und das um so mehr, als die wirtschaftliche Lage sich in den letzten Monaten zu unseren Ungunsten geändert hat. Wie schon gesagt, muß Deutschland alles darauf anlegen, seine Ausfuhr auf das höchste Maß zu steigern. Wie aber soll und kann es dies, wenn ein Staat nach dem anderen durch neue Zolltarife oder Zuschläge oder direkte Verbote die Einfuhr fremder Waren unterbindet? England, Italien, Spanien und die Vereinigten Staaten von Amerika gehen ins Lager der Schutzzöllner über, und das zu einer Zeit, wo die Kaufkraft der Bevölkerung Europas sowieso schon infolge des Krieges sehr geschwächt ist. Zudem hat England gesetzliche Maßnahmen zum Schutze seiner Schlüsselindustrien getroffen, und Amerika wird in Zukunft nur solche Farben und Chemikalien ins Land lassen, die von seiner eignen Industrie noch nicht in gleicher Güte hergestellt werden können. Werden unsere Fabrikate aber nicht mehr abgenommen, so ist die Folge, daß wir alle Rohstoffe, die wir von jenen Ländern beziehen — und man denke nur an das amerikanische Getreide und die amerikanische Wolle — desto teurer bezahlen müssen. Dies hat Deutschland bereits in den letzten Monaten gespürt und wird es in Zukunft noch mehr spüren. Dazu ist für fast alle Länder gleichmäßig ein Rückgang der Einfuhr und Ausfuhr gegenüber 1920 zu verzeichnen, dessen Nachwirkungen sich erst allmählich in ihrer ganzen Schwere zeigen werden; ist doch z. B. die Einfuhr Englands, die im ersten Halbjahr 1920 über 1 Milliarde Pfund betrug, im gleichen Zeitraum 1921 auf 0,6 Milliarden gesunken, während die entsprechenden Ausfuhrzahlen 0,8 gegen 0,4 lauten. Für die Vereinigten Staaten ist das Minus noch beträchtlicher; denn seine Einfuhr in der ersten Hälfte des Jahres 1921 auf 1,3 Milliarden, indes seine Ausfuhr im gleichen Zeitraum von 4,2 auf 2,5 Milliarden Dollar zurückging. Gewiß muß bei diesen Zahlen auch der Preisrückgang mit in Rechnung gestellt werden, aber immerhin ist die wirtschaftliche Depression eine Welterscheinung, die auch überall in den hohen Arbeitslosenziffern zum Ausdruck kommt, die in den Vereinigten Staaten auf über 5,7 Millionen gestiegen ist. Zog aber dieser Wirtschaftsstillstand in anderen Ländern einen Preisrückgang nach sich, so trat dieser für Deutschland nur vorübergehend im Frühjahr ein, um schon bald einem neuen Ansteigen der Preise Platz zu machen. Die Vermehrung der papiernen Zahlungsmittel wird, wenn nicht gleichzeitig eine beträchtliche Steigerung der Produktion eintritt, einen Preisabbau schwerlich im Gefolge haben. Was hilft es, wenn in dieser kritischen Lage Spürsinn jeden Bodenschatz aufzusuchen geht, der sich verwerten läßt, wenn unsere Reedereien seit Jahresbeginn die Tonnage unserer Handelsflotte um mehr als eine halbe Million Tonnen durch Neubauten und Zurückkauf ehemaliger deutscher Schiffe vermehrt haben; wenn dieser Betätigungsdrang und Arbeitsfleiß durch inneren Hader und Zwist gelähmt wird? Wenn politische Erschütterungen, Streiks und Unruhen nach sich ziehen, die wieder die Arbeit stören und die rechtzeitige Fertigstellung von Aufträgen, die das Ausland erteilte, verhindern? Die Folge ist, daß dann neue Aufträge ausbleiben oder unter ungünstigeren Bedingungen abgeschlossen werden müssen. Und den Schaden hat die Allgemeinheit zu tragen. Drum sollten alle, denen das Wohl Deutschlands wirklich am Herzen liegt, ihre ganze Sorge und Aufmerksamkeit darauf richten: den Ausbruch inneren Zwistes zu verhüten und alle Streitfragen einer schiedlichen Lösung durch Verständigung und beiderseitiges Entgegenkommen entgegenzuführen. Zunächst gilt es, übernommene Verpflichtungen einzuhalten und das Vertrauen der Welt, das sich bereits in erfreulichem Maße wieder Deutschland zuzuwenden begann, zu erhalten. Das kann nur durch ruhige Arbeit und eine friedliche Entwickelung auf politischem Gebiete erreicht werden. Füglich sollten alle, die, die gefährliche, zum Abgrund führende Wege betreten haben, sich noch im letzten Augenblick ihrer Pflicht gegenüber dem gesamten Volke erinnern und ungezwungen umkehren.

Die politische Lage nach der Ermordung Erzbergers.

Eine Unterredung mit dem Kanzler.

Der Reichskanzler empfing auf seiner Fahrt von Stuttgart nach Biberach einen Vertreter der württembergischen Zentrumskorrespondenz. Auf die Frage, welche politischen Folgen die Ermordung Erzbergers voraussichtlich noch auslösen werde, erklärte er: Wenn man die Wirkungen richtig abschätzen wolle, müsse man die in den letzten Wochen steigende Erregung des arbeitenden Volkes wegen der sinnlosen Angriffe von rechts gegen die Republik und die staatliche Autorität sich vor Augen halten. Die übertriebenen Kundgebungen chauvinistischer Kreise hätten außen- und innenpolitisch Unheil angerichtet. In dem Augenblick, wo wir außenpolitisch das demokratische Selbstbestimmungsrecht forderten, kompromittiere man die Politik des Reiches. Man müsse geradezu meinen, gewisse Kreise hätten Freude daran, unsere Außenpolitik in eine neue Atmosphäre des Hasses und des Argwohns zu stürzen. In diese Atmosphäre hinein komme die Nachricht von dem Morde an Erzberger, die das ganze Volk in Bewegung gebracht habe. Die ungeheure Erregung des demokratischen, arbeitenden Volkes könne schlimme Wirkungen auslösen. Es sei zu wenig gesagt, wenn er bemerke, das Reich sei in Gefahr; nein, der Staat und seine Ordnung selbst könnten durch die Politik von rechts, die einen Massendruck von links auslöse, in Gefahr gebracht werden. Er erinnere daran, daß vorgestern die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen gemeinsam bei ihm vorstellig geworden seien, um auf die dem Reiche und der demokratischen Republik drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Der Mord an Erzberger habe die sozialistischen Parteien einander nähergeführt. Der Mord an einem bürgerlichen Politiker, dessen Lebensziel der demokratische Staat gewesen sei, einige das linksgerichtete Proletariat. Vielleicht sei dies gewissen Elementen auf der Rechten willkommen, weil man glaube, damit die bürgerlichen Elemente nach rechts zu ziehen. Das sei aber ein gewaltiger Irrtum. Er habe in Frankfurt gesehen, wie das christlich denkende Volk der Arbeit sich dem Morde gegenüber einstelle. Man solle sich auf der Rechten darüber klar sein, wie ein Versuch, die Republik in Not zu stürzen, von der gesamten deutschen Arbeiterschaft beantwortet werde. Die Reichsregierung erfülle in den Maßnahmen des gestrigen Tages nur ihre Pflicht, indem sie größeren Gefahren vorzubeugen versuche.

•

Mörder-Frechheit?

Der Redaktion der Badischen Presse ist gestern früh folgende Postkarte aus Italien zugegangen:

Gossensaß, 28. August 1921. Geehrte Redaktion! Im Bestreben, den Behörden keine unnötigen Schwierigkeiten zu machen, teilen wir Ihnen mit, daß wir den Brenner hinter uns haben. Man mag in Oppenau-Griesbach beruhigt sein und den aufgebotenen Apparat nach Hause schicken. Wir geben Ihnen anheim, von dieser Mitteilung nach Gutdünken Gebrauch zu machen.

Unterschrieben ist die Postkarte, die von der Redaktion sofort der Staatsanwaltschaft übergeben wurde, mit: Tunetater. Inwieweit diese Postkarte auf die Spur der Täter führt, wird die sofort nach dieser Richtung hin eingeleitete Untersuchung ergeben.

Besserung im Befinden des Abgeordneten Diez.

Die Frankf. Ztg. meldet aus Karlsruhe: Ueber das Befinden des Reichstagsabgeordneten Diez teilt die Zentrumspresse mit, daß die Kugel durch den linken Oberarm in die Brust gedrungen ist, wo sie noch steckt. Nach dem Urteil der Aerzte liegt zu Besorgnissen kein Anlaß vor. Diez dürfte in fünf bis sechs Wochen wieder hergestellt sein.

Die Erhöhung der Post- und Eisenbahngebühren.

Die Schraube ohne Ende wird wieder um einen Gang weiter gedreht. Die letzten beträchtlichen Erhöhungen der Post- und Eisenbahngebühren im Frühling d. J. sollten, so glaubten sogar die Behörden selbst für absehbare Zeit die letzten sein. Aber nun haben die neuen Lohn- und Gehältserhöhungen alle Berechnungen überholt. Wie wir erfahren, reichen die für die Eisenbahn zunächst vorgesehenen Erhöhungen von 25 v. H. nicht aus; nach den Beratungen der Sachverständigen, die eben in der Bearbeitung des neuen Gesetzentwurfes begriffen sind, wird eine Erhöhung der Personen- und Gütertarife um 35 bis 40 v. H. nicht zu vermeiden sein. Dem Einwand, daß eine derartige Verteuerung den Verkehr schließlich erdrosseln, zum mindesten aber die höheren Wagenklassen entvölkern müsse, wird das Ergebnis der Statistik entgegengehalten, nach der der Reiseverkehr nach der letzten Erhöhung der Tarife am 1. Juni d. J. eher zu- als abgenommen habe, und man weist darauf hin, daß die allgemeine Verzehnfachung der Preise vor dem neuen Eisenbahntarif nicht haltmachen könne, ohne stets neue Fehlbeträge zu erzeugen.

In ähnlichen Gedankengängen bewegen sich die Erwägungen der Reichspostverwaltung. Der Reichspostminister ist der Ansicht, daß die Postgebühren der allgemeinen Verteuerung, unter der die Post in ihren Ausgaben unmittelbar leidet, angeglichen werden muß, und seine Andeutungen, daß ein Brief 1 Mark kosten müßte, um neue Fehlbeträge zu vermeiden, wird voraussichtlich als Grundlage für die neuen Erhöhungen zu betrachten sein. Danach wäre also bei den Postgebühren mit einer Erhöhung von 60—70 Prozent zu rechnen. Die neuen Tarife sollen, da die Mehrausgaben für Löhne und für Gehälter bereits ab 1. August laufen, mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. Vor Ende Oktober wird jedoch nicht mit den Gebührenänderungen zu rechnen sein. Obwohl mit einem Einspruch des Verkehrsbeirates und des Reichsrates zu rechnen ist, wird man mit folgenden Erhöhungen als sicher rechnen dürfen: Personen- und Gütertarife um 30 Prozent, Postgebühren je nach Art der Sendung 40—50 Prozent.

Die Arbeitszeit der gewerblichen Betriebe.

Die geplante Neuregelung.

II.

M. H. Ein sehr wichtiges Gebiet rollt der Gesetzentwurf hinsichtlich der Nebenarbeit auf. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden hatte vielfach zur Folge, daß die Arbeiter Nebenarbeit übernahmen, um ihren Verdienst zu vergrößern. Die Klagen über diese Nebenarbeit wurden immer häufiger. Es stellte sich als ein Mißstand heraus, daß auf diese Weise der Zweck des Achtstundentages, die Schonung der Arbeitskraft durch regelmäßige Ueberschreitung der vorgeschriebenen Höchstarbeitszeit vereitelt wurde. Auch muß bei der bestehenden Erwerbslosigkeit angestrebt werden, die vorhandene Arbeitsgelegenheit möglichst gleichmäßig zu verteilen und zu verhindern, daß gewisse Arbeiter doppelten Verdienst haben, während andere der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen. Trotz der Bedenken, die gegen eine Beschränkung der freiwilligen Ueberarbeit erhoben worden sind, ist daher das Verbot der Nebenarbeit in den Entwurf aufgenommen worden, wobei nicht verkannt werden soll, daß sich der Durchführung des Verbotes voraussichtlich in manchen Fällen Schwierigkeiten entgegenstellen werden. Aus diesem Grunde beschränkt sich das Verbot im wesentlichen auf die nichtselbständige Nebenarbeit im Betriebe eines Arbeitgebers, obwohl vielfach, insbesondere aus den Kreisen des Handwerkes, der Wunsch geäußert wurde, daß auch die selbständige Nebenarbeit der Arbeiter gesetzlich verboten werden solle. Eine wirksame behördliche Kontrolle der selbständigen Nebenarbeit würde aber praktisch nicht möglich sein und es erschien daher zwecklos, sie zu verbieten und mit Strafe zu bedrohen. Hier scheint die Selbsthilfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geeigneter, Abhilfe zu schaffen. Insbesondere darf